



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVI/94 - 25. April 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 10 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Seite:

Zeilen:

1	<u>Die Schwäche der CDU</u> Politik der Rechtsabersi Gemeinsamkeit - von Adenauer nicht erwünscht	45
2 - 3	<u>1. Mai 1961 in der Bundesrepublik</u> Von Günter Markscheffel	72
4 - 5	<u>Parlamentarische Reform in Österreich</u> Alte Koalition - neue Zielsetzungen Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	70
6	<u>Baum der Hoffnung</u> Anregung zum 17. Juni Von H.G. Ritzel, MdB	29
7	<u>Sarngstoffpolitik</u> Zu den Bombenattentaten in Südtirol	35
8	<u>"Ferienbrüche"</u> Begriffswerte Anregung des Landesjugendringes Berlin	20
8	<u>Fünf Tage - fünf Nächte</u> "Barnet Rundschau" in Chemnitz	15

### Die Schwäche der CDU

Politik der Rechthaberei - Gemeinsamkeit - von Adenauer nicht erwünscht

sp- Dr. Adenauers Rede auf dem CDU-Parteitag in Köln, von der "Eingeweichte" vorher gesagt hatten, sie werde eine "Sensation" sein, brachte nichts Neues. Das selbstverständliche Bekenntnis zur Freien Welt des Westens wurde durch parteipolitische Polemik überschattet. Man werde, so meinte der Bundeskanzler, die alte Politik fortsetzen. Wer über seinen letzten Amerika-Besuch Genaueres wissen wolle, solle das Kommuniqué aufmerksam lesen. Eine gemeinsame Bestandsaufnahme der heute noch vorhandenen Möglichkeiten einer wirkungsvollen Deutschland- und Aussenpolitik komme überhaupt nicht in Frage. Im Übrigen hörte man die alte und üble Unterstellung vom "Untergang Deutschlands" - in etwas abgewandelter Form. Wenn man in den vergangenen Jahren der SPD gefolgt wäre, dann wären Freiheit und Frieden längst verloren. Sogar den Parteitagssdelegierten schien dieser alte Ladenhüter alzu abgestanden zu sein, denn der Beifall an dieser Stelle war besonders schwach.

Bezeichnend für Adenauer ist aber die strikte Ablehnung des gemeinsamen Handelns der grossen Parteien und seine überhebliche Behauptung, die CDU habe "das Gleichgewicht in Europa gesichert".

Genau an diesem Punkt zeigt sich die Schwäche der CDU und ihres Parteivorsitzenden. Was er in Köln sagte, entspricht nicht der Situation des deutschen Volkes und noch weniger der Entwicklung der internationalen Politik, die ja auch unser Schicksal ist.

Jeder auch nur einigermassen über die Vorgänge in der Welt Unterrichtete weiss, dass die Deutschlandfrage und das Berlin-Problem in den kommenden Monaten nur dann ein Element der internationalen Politik im Sinne einer vernünftigen Lösung bleiben wird, wenn alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik ein Höchstmass von Gemeinsamkeit anstreben und erreichen. Die völlig veränderte Situation nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz scheint für Adenauer lediglich Anlass zur Rechthaberei und zu parteipolitischen Auseinandersetzungen zu sein.

Dabei erweist sich, dass Adenauer seine eigenen Parteifreunde für sehr vergesslich hält, denn es ist ja noch nicht allzu lange her, dass er selbst in einer schwierigen Stunde - Kündigung des Interzonenhandels-Abkommens - die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns anerkannte. Insofern ergibt sich zwischen Adenauers Parteitagrede und der politischen Praxis des Bundeskanzlers eine -vielleicht gewollte- Unlogik.

Diese Rede des CDU-Vorsitzenden liess Grösse und Weitblick vermissen, erschöpfte sich in der Wiederholung sehr, sehr alter und vom Lauf der Weltgeschichte längst überkannter parteipolitischer CDU-Slogans und wies keinerlei Perspektiven auf, an denen sich in dieser schwierigen Lage des deutschen Volkes die deutsche Politik orientieren könnte. Zweifellos hatten auch Adenauers Parteifreunde mehr von ihrem Vorsitzenden erwartet.

## 1. Mai 1961 in der Bundesrepublik

Von Günter Markscheffel

Der 1. Mai 1961 in der Bundesrepublik steht nicht nur im Zeichen des ständigen Ringens der arbeitenden Menschen um mehr soziale Gerechtigkeit und einen verstärkten Einfluss auf das Geschehen in unserem Wirtschaftsleben. Auch die Sicherung der Freiheit und Menschenwürde für unser g a n z e s Volk soll und wird Inhalt der Maifeiern sein.

Wer meint, dass die Bundesrepublik bereits ein sozialer Rechtsstaat ist, weil wir im Augenblick eine Hochkonjunktur haben und Krisen nicht direkt sichtbar sind, irrt sich. Zum sozialen Rechtsstaat gehört eine moderne und der wirtschaftlichen Leistung unseres Volkes angepasste Sozial- und Krankenversicherung. Es gehören dazu die ausreichende Altersversorgung und eine Entlohnung der Arbeitnehmer, die im Einklang mit der Produktionskraft unserer Wirtschaft ist.

Der soziale Rechtsstaat erfordert die Beseitigung der Bildungsprivilegien und die Öffnung aller Schulen und Hochschulen für die Begabten, ganz gleich, ob ihre Eltern wohlhabend sind oder nicht.

Es darf und soll nicht sein, dass eine kleine Schicht von Bevorzugten mit Hilfe einer ungerechten Steuergesetzgebung und dadurch auf Kosten der Allgemeinheit riesige Vermögen anhäufen kann, während gleichzeitig der Mangel an modernen Schulen und Krankenhäusern beklagt wird.

\* \* \*

Das sind nur einige wenige Hinweise darauf, dass wir noch lange nicht in einem sozialen Rechtsstaat leben, wie er im Grundgesetz gefordert wird und in Verbindung mit unserer blühenden Wirtschaft schon Wirklichkeit sein sollte. Erst die Erfüllung der im Grundgesetz verankerten staatspolitischen Forderung nach dem sozialen Rechtsstaat wird Freiheit und Menschenwürde sichern.

\* \* \*

Der 1. Mai 1961 soll uns daran erinnern, dass diese Aufgabe für unsere Generation auf der Tagesordnung steht. Dabei denken wir aber nicht nur an uns selbst. Wir wollen im freien Teil Deutschlands

eine beispielhafte gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung errichten, damit die Machthaber im unfreien Teil unseres Vaterlandes täglich gezwungen sind, sich mit dieser besseren Ordnung als der ihren auseinanderzusetzen.

Jeder Fortschritt wirtschaftlicher und ideeller Art bei uns hilft den Menschen in der Zone bei der Auseinandersetzung mit dem Regime der Unterdrückung. Die Sicherung der Freiheit und der Menschenwürde bei uns ist für die Millionen jenseits der Zonengrenze eine Hoffnung. Sie gibt ihnen die Kraft des geistigen Widerstandes durch das Wissen um die Überlegenheit des sozialen Rechtsstaates über das System der Unfreiheit, Ausbeutung und Unterdrückung.

\* \* \*

Die Erfüllung der Forderungen des 1. Mai ist nicht Aufgabe der Arbeitnehmer allein. Jeder denkende Mitbürger sollte erkennen, daß die Demokratie nur dann nicht erschüttert werden kann, wenn die in ihr lebenden Menschen das sichere Gefühl haben, in einem geordneten Haus zu wohnen.

Es darf bei uns keine "unterentwickelten Gesellschaftsschichten" geben!

Wenn Schweres ertragen werden muß, darf die Last nicht auf die Schultern der Schwachen geladen werden. Jeder soll seinen Teil tragen, gemessen an seiner Kraft.

Demokratie bedeutet nicht, daß sich der eine um den anderen nicht kümmert. Demokratie ist das Einstehen füreinander, das Zusammenwirken der konstruktiven Kräfte unseres Volkes in den großen Aufgaben der Nation.

Das bedeutet nicht die Gleichmacherei oder stumpfsinniger Gleichtritt. Spannungen und Meinungsverschiedenheiten über den Weg zu einem Ziel gibt es in jeder Gesellschaftsordnung. Entscheidend ist aber, daß dieses Ziel erkannt wird als eine gemeinsame Aufgabe, zu deren Lösung jeder nach seinen Fähigkeiten aufgerufen ist.

\* \* \*

Der Versuch, diesen Erkenntnissen der jüngsten Geschichte unseres Volkes ausweichen zu wollen, ist ein Spiel mit dem Schicksal der Nation. Zu der uns aufgezwungenen Spaltung des Vaterlandes würden wir zusätzlich die Spaltung unseres Volkes im freien Teil Deutschlands hinzufügen. Wir würden das Spiel Bankows begünstigen und jenen Strömungen in der internationalen Politik Auftrieb geben, die gelegentlich behaupten, wir könnten nicht unser Schicksal meistern.

Deshalb soll auch der 1. Mai 1961 erfüllt sein von den großen Menschheitsidealen, die schon immer unveräußerlicher Inhalt der freien deutschen Arbeiterbewegung waren:

Gerechtigkeit - Freiheit - Frieden!

+ + +

### Parlamentarreform in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

Der griechisch-klassizistische Bau des Parlaments auf der Wiener Ringstrasse war dieser Tage Schauplatz zweier für Österreichs Innenpolitik wichtiger Ereignisse: Der neue Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach gab vor dem Nationalrat die Regierungserklärung ab und zwei Tage danach nahmen die Abgeordneten in der Debatte dazu Stellung. In der Regierungserklärung selbst kamen die gemeinsamen politischen Auffassungen der beiden Koalitionsparteien, ÖVP und SPÖ, zum Ausdruck. Offene Streitfragen blieben bewusst unerwähnt. Dennoch ist das Programm so reichhaltig, dass seine auch nur teilweise Erfüllung die Republik Österreich um einen beträchtlichen Schritt vorwärts bringen kann. Bei aller Gegensätzlichkeit der Auffassungen zwischen den beiden Parteien findet sich nämlich überraschend viel, was zum Wohle der gesamten Bevölkerung von beiden gleichermassen angestrebt wird.

Im Namen der Sozialistischen Partei gab der zweite Nationalratspräsident und Präsident des Gewerkschaftsbundes, Franz Olah, in der Debatte zur Regierungserklärung eine Erklärung ab, die von Besonnenheit und staatsmännischen Verantwortungsbewusstsein getragen war und damit in diametralem Gegensatz zu einer nachfolgenden Hetzrede des ÖVP-Generalsekretärs, Abgeordneten Dr. Hermann Withalm stand. Abgesehen von dem unterschiedlichen Niveau der beiden Reden zeigte sich bei Olah die innere Geschlossenheit der österreichischen Sozialdemokratie und bei Dr. Withalm jene verhängnisvolle Zerrissenheit innerhalb der ÖVP, die nicht einmal davor zurückschrecken lässt, den eigenen Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Gorbach, zu brüskieren. Gorbachs Erklärung war nämlich eindeutig auf Zusammenarbeit abgestimmt, Withalms unqualifizierter Querschuss hingegen auf Verunglimpfung der Sozialisten, als deren politische Motive er "nur Geiz und Neid" bezeichnete.

Präsident Olah erklärte unter anderem, die Sozialistische Partei sei mit dem ÖVP-Bundeskanzler Dr. Gorbach darin einig, dass die geistigen Barrikaden in der Ersten Republik (1918 bis 1938) ein Unglück für Österreich waren. "Die sozialistischen Abgeordneten", sagte er,

begrüssen es, dass sich die Regierungserklärung zur Zusammenarbeit der beiden grossen Parteien im Rahmen der Verfassung und des Rechtsstaates bekennt". "Die Sozialisten unterschreiben", fuhr er fort, "vorbehaltlos die Erklärung der Bundesregierung über die österreichische Aussenpolitik". Abschliessend wandte sich Präsident Olah an den als Abgeordneter anwesenden bisherigen Bundeskanzler Raab und sagte: "Als politische Gegner haben wir oft die Klängen gekreuzt. Aber es wäre eine Unterlassung und vielleicht ein Unrecht, dem politischen Gegner nicht die Anerkennung zu zollen, die er verdient. Julius Raab hat sich um das Vaterland verdient gemacht! Wir hoffen, dass die neue Regierung den gemeinsamen Weg und die gemeinsame Aufbauarbeit im Dienste unserer Bevölkerung und unseres Staates fortsetzen wird!"

Ein wichtiges Anliegen der Sozialisten, die in Olahs Erklärung ebenfalls erwähnt wurde, ist eine als notwendig empfundene Parlamentsreform, durch die unter anderem das parlamentarische Leben zum Nutzen der Demokratie im Bewusstsein der Öffentlichkeit lebendiger gemacht werden soll. Zu einer solchen Verlebendigung der Parlamentsarbeit hat bereits beigetragen, dass im Vorjahr bei den Beratungen über ein neues Strassenverkehrsgesetz auf Wunsch der Sozialisten die Bevölkerung zur Mitarbeit in Form von Vorschlägen eingeladen wurde. Dieser geradezu revolutionäre Vorgang hat sich ausserordentlich gut bewährt. Nunmehr wird, ebenfalls auf Anregung der Sozialisten, vom Herbst dieses Jahres an jede Sitzung des Nationalrates mit einer "Fragestunde" begonnen, bei der die Regierungsmitglieder (natürlich auch der eigenen Partei) den Abgeordneten Rede und Antwort stehen müssen. Die Fragen sind jeweils vier bis fünf Tage vorher schriftlich einzureichen, doch können zwei mündliche Zusatzfragen gestellt werden.

Noch bedeutsamer ist im Zusammenhang mit der Parlamentsreform die sozialistische Forderung nach Wiederherstellung der Budgethoheit des Parlaments und damit nach Beseitigung der von der Verwaltung sich nach und nach angeeigneten Entscheidungsbefugnis. Die Verfassung gibt zur Beispiel zwar dem Nationalrat das alleinige Recht, über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes zu beschliessen, doch ein noch immer geltendes Gesetz aus dem Jahre 1926 ermächtigt den Finanzminister, Ausgaben zu tätigen, ohne das Parlament zu befragen. Es hat den Anschein, als würden die Sozialisten schon demnächst dafür sorgen, dass diese "goldenen Zeiten" für die von der ÖVP nominierten Finanzminister ein Ende finden.

25. April 1961

Baum der Hoffnung

Von H.G. Ritzel, MdB

In einer Flugschrift des Aktionsausschusses "Tag des Baumes" haben eine Reihe von amtlichen und nichtamtlichen Stellen unter Führung der Schutzgemeinschaft "Deutscher Wald" mit Unterstützung der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vorgeschlagen, in der Zeit vom 21. März bis 12. Mai 1961 in jeder Gemeinde den Tag des Baumes zu begehen. Damit soll auf den Baum als Sinnbild des Lebens hingewiesen werden, um Jung und Alt zu gewinnen, die Natur als Quelle unseres Daseins zu erhalten und zu schützen.

Dieser begrüßenswerte Vorschlag sollte aber gerade um der Möglichkeit willen, den Baum als Symbol der Hoffnung zu betrachten, benutzt werden, um in Erinnerung an den 17. Juni 1953 möglichst in jeder Gemeinde der Bundesrepublik, einen Baum zum Gedächtnis der Opfer des 17. Juni 1953 und als ständige Mahnung an die Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands zu pflanzen.

In der Freien Hansestadt Bremen ist an hervorragender Stelle eine Inschrift angebracht: "Gedenke der Brüder, die das Schicksal unserer Trennung tragen!" Von diesem Geist sollte die Anpflanzung und die Pflege junger Bäume in allen Teilen der Bundesrepublik getragen sein. Es wäre eine schöne Aufgabe unserer Jugend, solche Bäume zu legen und zu pflegen, damit niemals vergessen wird, was wir unsere Völker schuldig sind: Die stete Erinnerung an die nie erlassende Verpflichtung, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit anzustreben. Wenn das Wort von der Selbstbestimmung der Völker einen Sinn haben soll, kann seine Anwendung den deutschen Völkern nicht verweigert werden. Sei es eine Linde, eine Eiche, eine Buche oder eine Birke - in jeder Gemeinde sollte ein Baum des 17. Juni stehen als lebendige Erinnerung an das, was das deutsche Volk ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten in anderen Dingen eint: Das Bewusstsein an die Notwendigkeit unserer Einheit und der Glaube an eine baldige Wiedervereinigung!

+ + +

Sprengstoffpolitik

sp - Die Südtiroler haben als eine arg bedrängte nationale Minderheit viele Gründe für berechnete Klagen. Sie stehen in einem schweren Abwehrkampf gegen die von Rom offiziell geduldete Italiensierung ihres Landes, und sie pochen auf ihr in des Gasperi-Abkommens vertraglich vereinbartes Recht auf ein Mindestmass von innerer Autonomie. Die Südtiroler Frage hat auch schon die Vereinten Nationen beschäftigt; beiden Kontrahenten, Wien und Rom, wurde empfohlen, von sich aus wieder in Verhandlungen zu treten und eine Regelung zu treffen, die dem Konflikt seine Schärfe nimmt und diesen Herd von Unzufriedenheit aus der Welt schafft.

Nun gibt es auf beiden Seiten Hitzköpfe, Unverantwortliche und Fanatiker, die kein Interesse daran haben, dass in diesem schönen Teil von Europa die aufgeputschten Leidenschaften wieder besänftigt werden. Allein seit Beginn dieses Jahres ist die Zahl der in Südtirol verübten Sprengstoffanschläge auf sieben gestiegen. Sie bieten den Nationalisten auf italienischer Seite willkommenen Gelegenheit, jeden Kompromiss abzulehnen und nun ihrerseits die Entwicklung auf die Spitze zu treiben. Die massgebenden Führer der Südtiroler Volkspartei, besonnene Männer, haben sich öffentlich und mit Abscheu von den Extremisten distanzieren, anscheinend sind sie aber nicht in der Lage, diese im Zaun zu halten und deren Handwerk zu legen.

Die Bombenattentäter handeln unverantwortlich, vielleicht glaubten sie auch, dadurch die Südtiroler Frage am Kochen zu halten und so etwas wie eine Algier-Situation südlich des Brenners herbeizuführen. Dass sie damit ihrem früheren Mutterland - Österreich - den schlechtesten Dienst erweisen, kommt ihnen wohl nicht in den Sinn. Auch die Gewalttätigen in Italien geraten in arge Bedrängnis. Lösen doch diese Attentate eine Stimmung im italienischen Volk aus, die es jeder Regierung schwer, wenn nicht gar unmöglich machen muss, der berechtigten Beschwerden der Südtiroler durch Weisheit und Einsicht nachzugeben - so arbeiten nationalistische Hitzköpfe auf beiden Seiten Hand in Hand, sie dienen nicht dem Frieden und dem Geist guter Nachbarschaft. Gewiss ist die Gruppe der Südtiroler Extremisten klein, aber ihre Aktivität hat schon dazu beigetragen, das Klima zwischen Wien und Rom wieder zu verdüstern. Den Nachteil davon haben die Südtiroler.



"Heringsbrühe"

Begrüßenswerte Anregung des Landesjugendringes Berlin

sp - Wie viele andere Jugendorganisationen, so hat auch der Landesjugendring Berlin an die Parteien in der Bundesrepublik appelliert, sachlich und fair im Wahlkampf zu bleiben. Das Organ des Landesjugendringes "Blickpunkt" meint, der Wahlkampf könne hart und klar sein, müsse aber ohne Schmutz- und Dreck-Kübel ausgefochten werden. Um deutlich zu machen, wie die Parteien nicht miteinander um die Gunst des Wählers ringen sollen, schreibt der "Blickpunkt": "Überschütte deinen Gegner mit Heringsbrühe, er kann sich noch so waschen, stinken wird er noch etliche Tage. Unlängst konnte man irgendwo diesen Ratschlag lesen! Auf den harten politischen Wahlkampfalltag übertragen heißt das: Verleumde und diffamiere deinen politischen Gegner immer kräftig, irgendwas bleibt hängen. Ausserdem lenkst du ihn vom Thema ab, zwingst ihn, sich zu verteidigen. Dann wiederum kannst du flüstern: Wer sich verteidigt, klagt sich an, und so weiter. Genau davor wollen wir warnen. So etwas darf es in unserer Demokratie nicht geben. Und wo doch solche Erscheinungen auftreten, müssen alle, auch die nicht Gleichgesinnten, einschreiten". - Wir haben dem nichts hinzuzufügen, sondern nur zu hoffen, dass der Appell des Landesjugendringes Berlin gehört wird.

+ + +

Fünf Tage - fünf Nächte

"Bonner Rundschau" in Chemnitz

sp - Unsere Landsleute in der Sowjetzone werden von der ersten bis zu den letzten Seiten ihrer Zeitungen seit Jahren mit den Schlagworten vom "kapitalistischen, revanachelüsternen Westdeutschland" gefüttert. Dass sich die Einwohner der Zone glücklich schätzen sollen, in "Sozialistischem Friedenslager" zu leben, wird ebenfalls täglich erzählt. Wie erstaunt jedoch müssen die Leser der Chemnitzer "Volksstimme" vom 2. April 1961 gewesen sein, als sie einen über zwei Spalten gehenden Bericht mit der Überschrift fanden: "Bonner Rundschau" schreibt: - In dem Artikel wird geschildert, dass die der CDU nahestehende Bonner Zeitung den deutsch-sowjetischen Gemeinschaftsfilm "Fünf Tage - fünf Nächte" sehr positiv bewertet habe, - Es ist anzunehmen, dass es den Chemnitzern schwergefallen sein muss, plötzlich zu lesen, eine der CDU nahestehende Zeitung halte etwas für gut, was nicht aus dem Westen kommt ...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschefke